

23. Linzer Konferenz  
8.-12. September 1987

Referat zum  
Tagesordnungspunkt 1

UNFRIED Berthold  
Wien

### "Stockholm" und "Zimmerwald" in Österreich.

Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich und die  
"österreichische Internationale" 1917/18

#### I.

Während des größten Teils des Jahres 1917 richteten sich die Hoffnungen des internationalen Sozialismus auf die Versuche der Wiederherstellung der Internationale und der Initiierung einer sozialistischen Friedensaktion in Stockholm.

Die Vorkonferenzen zur geplanten "Stockholmer Konferenz" (die bekanntlich nie stattfand) im Frühjahr 1917 boten auch die Gelegenheit zu einer Verständigung der sozialdemokratischen Parteien Österreichs, der ehemaligen "Kleinen Internationale", die fast alle in Stockholm mit eigenen Delegierten vertreten waren.<sup>1</sup>

Karl Renner forderte ein "Stockholm daheim im eigenen Lande". Renner trat für eine Erneuerung der "österreichischen Internationale", die im Krieg endgültig zerfallen war, ein, weil er für den Fortbestand Österreichs war. Die Donaumonarchie erfülle ihre historische Mission der Beförderung der Entwicklung ihrer Völker nicht durch, sondern vielmehr gegen oder trotz ihrer Regierungen, schrieb er 1917, und ließ durchblicken, daß eine übernational organisierte Sozialdemokratie diese Mission aufzugreifen habe.<sup>2</sup> Voraussetzung dafür war eine Wiederherstellung der österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei. Schon im Winter 1916/17 hatte Renner diesbezüglich mit dem Vertreter des "Česky Svaz" in Wien, dem tschechoslowakischen Sozialdemokraten Tusar, Fühlung genommen.<sup>3</sup> Die deutsche Parteiführung wurde diesbezüglich allerdings nicht aktiv. Bis 1917 läßt sich ein generelles Desinteresse an einer Wiederbelebung der "österreichischen Internationale" konstatieren. Zur Zeit der "Stockholmer Konferenz" hatte sich die Situation verändert. Die deutschösterreichische Partei verfolgte in Stockholm zwei Ziele: eine Verständigung der sozialdemokratischen Parteien Österreichs; weiters die Unterstützung der neuen Außenpolitik des Außenministers Czernin, mit der sie sich auf der Basis der Forderung nach einem annexionslosen Frieden traf. Czernin wiederum war an einer einheitlichen Kundgebung der österreichischen Sozialdemokraten gegen eine "Befreiung der unterdrückten Nationen Österreichs" als Kriegszielprogramm der Entente interessiert. Czernin verschaffte den Vertretern der

1) Delegationsmitglieder (nicht immer zuverlässig) und Memoranden der einzelnen Parteien finden sich in dem vom Comité organisateur de la conférence socialiste internationale de Stockholm, herausgegebenen Band: Stockholm, Stockholm 1918

2) Karl Renner, In Stockholm und daheim, in: "Der Kampf" X/9/1917, S. 238

3) vgl. die Briefe Tusars an Smeral vom 24. und 27.1.1917, in: Bohumir Smeral, Historické práce, Praha 1961, S. 476f. u. 479f.

tschechischen "Separatisten", die bis vor kurzem noch als "Hochverräter" behandelt worden waren, Pässe, und Victor Adler intervenierte zwecks einer Beiziehung der kriegsfeindlichen serbischen Sozialdemokraten als Gegengewicht zu den Ententesozialisten.<sup>4</sup>

Auf einer Vorkonferenz der Sozialisten der Mittelmächte in Wien, auf der mit Ausnahme der Polen alle sozialdemokratischen Parteien Österreichs vertreten waren, gelang es Ende August, noch mühsam und unter Ausklammerung der nationalen Streitpunkte, eine Einigung auf eine gemeinsame Kundgebung zur geplanten Friedenskonferenz zu erzielen.<sup>5</sup> In Stockholm selbst hatte sich allerdings gezeigt, daß sich die deutschösterreichische Partei in fast allen konkreten nationalen Fragen im Gegensatz zu ihren österreichischen Schwesterparteien befand.

Renners Perspektive einer Verständigung der sozialdemokratischen Parteien Österreichs auf der Basis einer proösterreichischen Politik hatte sich nicht verwirklichen lassen. Die Friedenspolitik der österreichischen Sozialdemokraten verlief weiterhin völlig unkoordiniert. Der Versuch der "Rekonstruktion" der "Kleinen Internationale", eines "österreichischen Stockholm" scheiterte. In der Folge sollte er auf die Initiative der linken Oppositionsgruppen übergehen. Auch in dieser Hinsicht spiegelte die "Kleine Internationale" das Scheitern der großen wider.

Durch die bolschewistische Revolution und die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gewann die Formel des "Selbstbestimmungsrechts der Nationen" neue Aktualität.

Auch Wilsons "14 Punkte" nahmen Bezug auf die Nationalitätenprobleme Österreich-Ungarns, "denen die freieste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung geboten" werden

4) Die Zusammenarbeit der deutsch-österreichischen Parteiführung mit dem Außenministerium in der Vorbereitung der Stockholmer Konferenz hat Joachim Böhm, Czernin, Adler und Stockholm. Über die Zusammenarbeit österreichischer Rechtssozialisten mit der Regierung im Jahre 1917, in: ZfG XVI/5/1968, S. 615-623, dokumentarisch belegt.

Zu den Versuchen Adlers, die kriegsfeindlichen serbischen Sozialdemokraten zu einer Konferenzteilnahme zu bewegen, s. die Dokumentation von Roman Rosdolsky, Die serbische Sozialdemokratie und die Stockholmer Konferenz von 1917, in: AfS VI/VII/1966/67, S. 583-597.

Der diesbezügliche Briefwechsel zwischen Victor Adler und den serbischen Sozialdemokraten Topalovits, Popovic und Katzlerovic befindet sich im AVA, Sozialdemokrat. Parteistellen, Kt. 127 u. im VGA, Adler-Archiv, Mappe 166b

Sein Kalkül beschreibt Czernin in einem Brief an Tisza, in: Czernin, Im Weltkrieg, Berlin-Wien 1919, S. 228ff.

5) Nach dem kurzen Konferenzbericht in der "Arbeiter-Zeitung" vom 2.9.1917. dort auch der Brief "An das holländisch-skandinavische Comité in Stockholm", der allerdings von den tschechischen "Separatisten" und den Bosniern nicht unterschrieben wurde. - vgl. den Brief Friedrich Eberts an Hermann Müller, 1.9.1917, in: Agnes Blänsdorf, Friedrich Ebert und die Internationale, in: AfS IX/1969, S. 400f. Ebert erwähnt in diesem Brief die aufgrund der nationalen Gegensätze sehr gedrückte Stimmung in Wien.

Danneberg brachte für die deutsche "Linke" eine eigene Resolution ein, die jedoch nicht zur Abstimmung kam - Praha, Ustav Marxismu-Leninismu, Fonds 55 (Nachlaß Smeral), Nr. 167/1

sollte.<sup>6</sup>

Beide großen Entwürfe für die Herbeiführung des Friedens und die Gestaltung der Nachkriegsordnung<sup>7</sup> sprachen damit das nationale Selbstbestimmungsrecht als Element eines dauerhaften Friedens an. Der konkrete politische Inhalt des Begriffs "Selbstbestimmungsrecht" variierte in einer Zeit, da er gleichzeitig als Kriegsziel der Entente, der Mittelmächte im Osten, und als Element der revolutionären bolschewistischen Außenpolitik aufschien, innerhalb einer Spannweite zwischen einem Programm eines annexionistischen Siegfriedens und jenem einer sozialistischen Revolution.

Die deutschösterreichische Partei interpretierte ihn in Zusammenhang mit einem "Frieden ohne Annexionen" im Sinne der Aufrechterhaltung des territorialen status quo österreich-Ungarns. Auf der Stockholmer Konferenz hatte sich die deutschösterreichische Delegation dagegen verwahrt, das Nationalitätenproblem österreich-Ungarns zum Gegenstand einer internationalen Friedenskonferenz zu machen und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Lösung<sup>8</sup> des Nationalitätenproblems österreichs zurückgewiesen. Österreich-Ungarn unterdrücke die kleinen Nationen nicht, sondern erhalte im Gegenteil ihren Bestand.<sup>8</sup>

Für die deutsche "Linke" sollte Otto Bauer im Jänner 1918 den programmatischen Versuch machen, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht und der Politik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie in dieser Frage eine Wendung im Sinne der bolschewistischen Nationalitätenpolitik zu geben.

## II.

Im Jännerstreik 1918 machte sich das Fehlen einer internationalen Organisation der österreichischen Arbeiterbewegung konkret nachteilig bemerkbar. Der Streik verlief national uneinheitlich und asynchron. Die Zentren der tschechischen Arbeiterbewegung blieben in der entscheidenden Phase, als der Streik in Wien, Niederösterreich und Ungarn seinen Höhepunkt erreichte, größtenteils ruhig.<sup>9</sup>

Nur in Brünn gingen die drei sozialistischen Parteien (Deutsche, Tschechoslawen und Zentralisten) gemeinsam vor. Die Kohlenbergleute in Mährisch-Ostrau schlossen sich dem Streik an, und die Pilsner Skoda-Belegschaft erklärte ihre Solidarität mit den Wiener Arbeitern.

Der eintägige böhmische Generalstreik vom 22.1. nahm weniger den Charakter eines Solidaritätstreiks für die Bewegung in Deutschösterreich und Ungarn an, als den einer Unterstützungskundgebung für die tschechischen Unabhängigkeitsforderungen der "Dreikönigsdeklaration" vom 6.1. an. Die tschechoslawischen Parteiführer betonten die Eigenständigkeit der tschechischen Bewegung. In den Straßen Prags wurde am 22.1. neben dem "Lied der Arbeit" die tschechische Nationalhymne "Kde do-mov muj" gesungen. Auch die Hauptforderungen der tschechischen Arbeiter unterschieden

6) zit. n. R. Neck (Hg.), Österreich im Jahre 1918, Wien 1968, S. 24

7) "Wilson versus Lenin" - Arno J. Mayer, Political Origins of the New Diplomacy, New Haven 1959

8) Stockholm, a.a.O., S. 126

9) Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 64f.

sich von jenen der deutschen: in der tschechischen Bewegung stand das nationale Selbstbestimmungsrecht im Vordergrund, in der deutschen der Friede.<sup>10</sup>

Der Jännerstreik war keine gemeinsame Aktion des österreichischen Proletariats. Die deutsche und die tschechische Bewegung verliefen getrennt voneinander und hatten unterschiedliche Zielsetzungen. Der Jännerstreik zeigte, daß nicht nur die Verbindung der sozialdemokratischen Parteien, sondern auch die Einheit der Arbeiterschaft Österreichs nicht in einer gemeinsamen Aktion hergestellt werden konnte.

Im Parlament warfen sich deutsche und tschechische Sozialdemokraten wechselseitig Verrat an der Bewegung der Arbeiter vor.<sup>11</sup> Den Streik hatte jedenfalls keine der beiden Parteien gewollt. Der Streikverlauf hatte allerdings gezeigt, daß die tschechoslawische Sozialdemokratie die Arbeiter besser in der Hand hatte als die deutsche.

Der Jännerstreik und die darauffolgende heftige Polemik warfen eine bezeichnendes Licht auf den tiefen Riß zwischen der deutschen und der tschechischen Arbeiterbewegung in Österreich. Der Verlauf des Streiks ließ tiefe Zweifel an der Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Parteimehrheiten, die im Entscheidungsfall nationale Interessenspolitik vor internationale Zusammenarbeit stellten, aufkommen. Die Initiative zur Lösung der nationalen Probleme der sozialdemokratischen Parteien Österreichs nahmen nun die internationalistischen Minderheiten in die Hand.

### III.

Um die Jahreswende 1917/18 geriet das Spektrum der sozialdemokratischen Parteien Österreichs in Bewegung. In der polnischen und tschechischen Sozialdemokratie formierten sich kleine internationalistische Minderheiten.<sup>12</sup> 1918 hatten sich innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Österreichs im wesentlichen drei Strömungen herausgebildet.: eine österreichisch orientierte (Renner in der deutschen, Smeral in der tschechoslawischen, Diamand in der polnischen Partei), eine national orientierte Richtung (Leuthner und Ludo Hartmann in der deutschen, Habermann und Modráček in der tschechoslawischen, Moraczewski in der polnischen Partei) und eine internationalistische Richtung (die deutsche "Linke", die Zentralisten und die sich ihnen annähernde Gruppe um Stivin unter den Tschechoslawen und die polnische "Linke" um Drobner).<sup>13</sup>

10) Zdenek Kárník, *Socialisté na rozcestí*. Habsburk, Masaryk či Smeral?, Praha 1968, S. 194ff

11) s. den Bericht von der Parlamentssitzung am 22.1.1918 in der *Arbeiter-Zeitung* (AZ) vom 23.1.1918: "Frechheit des Pseudosozialisten Bechyně"

12) Zur polnischen internationalistischen Opposition: Parteitag der polnischen Sozialdemokratie, in: Internationale Rundschau, in: "Der Kampf" XI/7/1918, S. 511f. Die polnische Partei vollzog nach dem Ende der "austropolnischen Orientierung" nach dem Brester Frieden und dem Austritt aus dem Polenklub auf ihrem Parteitag im Mai 1918 in Abkehr von ihrer nationalistischen und österreich-patriotischen Politik der ersten drei Kriegsjahre einen Schwenk in Richtung ihrer kleinen internationalistischen Opposition um Boleslaw Drobner und Helene Landau-Bauer.

13) K.M. (vermutl. Karl Mann = Otto Bauer), Internationale Rundschau, a.a.O. (Anm. 12), S. 511f.

Die deutsche "Linke" verhielt sich in den Nationalitätenfragen bis 1918 weitgehend neutral. Das änderte sich, als Otto Bauer im September 1917 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte und sich der "Linken" anschloß. Schon in den letzten Jahren vor dem Krieg war Bauer ein Befürworter des Versuches einer Wiedererrichtung der österreichischen Gesamtpartei gewesen.<sup>14</sup> In der von ihm entworfenen "Erklärung der Linken" auf dem Parteitag 1917 forderte er in Polemik gegen Renner die Verwirklichung der nationalen Autonomie nicht durch die Kreisverwaltung, sondern durch die Einberufung von konstituierenden Nationalversammlungen der verschiedenen Nationen. Die Wiedererrichtung einer österreichischen Gesamtpartei erwartete er von einer Stärkung und dem Zusammenschluß der internationalistischen Minderheiten der einzelnen Parteien.<sup>15</sup> Bauer hatte damit das Programm der Rekonstruktion einer Gesamtpartei zur Sache der "Linken" gemacht. Wenn es nicht einmal gelang, die sozialdemokratischen Parteien Österreichs zusammenzuschließen, war auch die Wiederherstellung der Internationale Illusion.

Nach dem Parteitag war eine Reihe nichtdeutscher Sozialdemokraten mit der deutschen "Linken" in Verbindung getreten. Ende Dezember 1917 lud die deutsche "Linke" den Führer des internationalistischen Flügels der slowenischen Partei, Tuma, und Vertreter der tschechischen "Zentralisten" und der polnischen Minderheit zu einer Zusammenkunft. Die Konferenz fand mitten im Jännerstreik am 20.1.1918 in Wien statt.

Die Versammlung österreichischer Internationalisten verstand sich als "eine Art österreichisches Zimmerwald"<sup>16</sup> mit dem Ziel einer Verständigung der oppositionellen Minderheiten über ein Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie. Ihr lag eine von Otto Bauer im Einvernehmen mit den tschechischen "Zentralisten" Victor Stein und Edmund Burian verfaßte Resolution über die Nationalitätenfrage vor.<sup>17</sup>

Bauers Entwurf wurde mit unwesentlichen Änderungen von der Versammlung gebilligt: Im April 1918 erschien er im "Kampf" als "Nationalitätenprogramm der Linken".<sup>18</sup>

Das "Nationalitätenprogramm der Linken" entwarf erstmals als mögliches Szenario einen Untergang Österreich-Ungarns in nationalen Revolutionen und bezeichnete für diesen Fall als Programm der Sozialdemokratie das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zu staatlicher Separation. Es markiert einen Wendepunkt in der sozialdemokratischen Nationalitätenprogrammatisierung. Bis dahin hatten sich alle

14) vgl. z.B. Otto Bauer, Die Gesamtpartei, in: "Der Kampf" VI/1/1912, S. 15ff.

15) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, abgehalten in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917, Wien 1918, S. 116f. Der Parteitag erhob dennoch ohne Debatte Renners Antrag zum Beschluß.

16) Brief Anna Frey an Alois Neurath, 29.12.1917, in: Nachlaß Josef Frey, Privatarchiv

17) Die an die Eingeladenen vor der Konferenz ausgesandte Resolution, die von dem schließlich beschlossenen und publizierten Programm nur geringfügig abweicht, befindet sich ebenfalls im Nachlaß Frey.

18) Ein Nationalitätenprogramm der "Linken", in: "Der Kampf" XI/4/1918, S. 269-274; auch abgedruckt in: Rudolf Neck (Hg.), Österreich im Jahre 1918, Wien 1968, S. 40-46. Im folgenden wird nach dem "Kampf" zitiert.

sozialdemokratischen Lösungsvorschläge zur Nationalitätenfrage im Rahmen nationaler Autonomie innerhalb der Grenzen österreich-Ungarns bewegt.

Als eine Voraussetzung der Verwirklichung dieses Programms der nationalen Befreiung bezeichnete das "Nationalitätenprogramm der Linken" die Erneuerung der österreichischen Gesamtpartei auf internationalistischer Grundlage durch den Klassenkampf der Sozialdemokraten gegen ihre nationalen Bourgeoisien.<sup>19</sup> Sein Hauptanliegen sah Bauer in der Verbindung nationaler und sozialer Ziele einer österreichischen Revolution.

Internationale Zusammenarbeit der Sozialdemokraten Österreichs auf der Basis der Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes sollte verhindern, daß eine österreichische Revolution in eine rein nationale Bewegung ausgehe.

Auch die Deutschen Österreichs hätten von einer österreichischen Revolution und einem Zerfall des Reiches die Erfüllung sozialer und nationaler Ziele zu erwarten: Anschluß der deutschsprachigen Gebiete Österreichs an ein revolutionäres, für den Sozialismus reifes Deutschland bedeute einerseits die Realisierung des alten Traumes von der revolutionären Verwirklichung der deutschen Einheit, eröffne andererseits die Perspektive einer sozialistischen Entwicklung.<sup>20</sup>

Der Anschluß an Deutschland als konkrete Form des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen Österreichs ist ein zentraler Punkt des "Nationalitätenprogramms der Linken". In Bauers Vorstellungen ist er untrennbar mit der Perspektive einer sozialistischen Entwicklung verbunden.

Der diesbezügliche Passus im "Nationalitätenprogramm der Linken" erregte schon bei der Debatte über den Programmentwurf bei den nichtdeutschen Gesinnungsfreunden Bauers Unbehagen. Die Vertreter der tschechischen "Zentralisten", protestierten gegen seine "großdeutsche Tendenz".<sup>21</sup>

Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß Otto Bauers Anschlußdenken tiefer als in einer empirischen Analyse der Vorbedingungen des Sozialismus wurzelte.<sup>22</sup> In der Tat erscheinen bei Bauer gelegentlich die Revolution und der Sozialismus mehr als ein Mittel zum Anschluß als umgekehrt. Im Oktober 1918 bezeichnete er in einer internen Besprechung ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien in einer Nationalversammlung als Voraussetzung für die Durchsetzung des "Anschlusses".<sup>23</sup> Auf dem Parteitag 1918 schließlich ließ er das nationale Selbstbestimmungsrecht als Mittel zur Erhaltung des deutschen "Besitzstandes" erscheinen.<sup>24</sup>

Hier war der Gedanke an eine Lösung des Nationalitätenproblems im

19) Nationalitätenprogramm, a.a.O., S. 273f.

20) Referat Bauers auf der Konferenz v. 20.1., Protokoll in: Nachlaß Frey, veröffentlicht in: "Archiv 1987". Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. 3.Jg.; vgl. Nationalitätenprogramm, a.a.O., S. 273

21) Prot. Nachlaß Frey, Debatte (Burian, Stein)

22) Susanne Miller, Das Ringen um "die einzige großdeutsche Republik". Die Sozialdemokratie in Österreich und im Deutschen Reich zur Anschlußfrage 1918/19, in: AfS XI/1971, S. 7;

Hanns Haas, Otto Bauer und der Anschluß 1918/19, in: Sozialdemokratie und Anschluß, hg. v. Helmut Konrad, Wien-München-Zürich 1978, bes. S. 42f.

23) in: Nachlaß Frey, veröff. in: "Archiv 1987"

24) Otto Bauer, Werkausgabe, Bd.5, Wien 1973, S. 146f.

Zuge einer sozialistischen Umwälzung, den man noch aus dem in der revolutionären Situation des Jännerstreiks entstandenen "Nationalitätenprogramm der Linken" herauslesen konnte, bereits aufgegeben. Der "Anschluß" erschien in diesem Konzept als Teil einer bürgerlichen Revolution, in der mit demokratischen Nationalstaaten der Boden für eine Entwicklung zum Sozialismus erkämpft werden sollte. Die Demokratie, meinte Bauer am Parteitag 1918, schlage dann "von selbst zum Sozialismus um".<sup>25</sup> Der Nationalstaat als Endpunkt der revolutionären Entwicklung des Nationalitätenproblems - hier setzte auch die Kritik von Karl Renner ein. Vor kurzem noch Propagandist eines notwendigerweise unter deutscher Führung stehenden "Mitteleuropa" warf Renner nun dem "Nationalitätenprogramm der Linken" Nationalismus und "Mazzinismus" vor. Renner führte das Beispiel Rußlands gegen das "Nationalitätenprogramm der Linken" ins Treffen, wo sich das Scheitern der bolschewistischen Nationalitätenpolitik bereits abzeichne.<sup>26</sup> Es ist eine Ironie der Ideengeschichte des Sozialismus, daß ungefähr zur selben Zeit Rosa Luxemburg, von einer von jener Renners grundverschiedenen Ausgangsposition aus, die bolschewistische Politik der Gewährung der Unabhängigkeit für die russischen Randvölker mit ganz ähnlichen Argumenten kritisierte, und sich darin in ihrer alten Ablehnung des nationalen Selbstbestimmungsrechts als Ziel sozialdemokratischer Politik bestätigt sah.<sup>27</sup>

#### IV.

Das "Nationalitätenprogramm der Linken" war in seinen zentralen Punkten: Selbstbestimmungsrecht der Nationen; als spezielle Anwendungsform davon Angliederung der deutschsprachigen Gebiete Österreichs (=inklusive Böhmens) an Deutschland; Wiederherstellung der österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei auf internationalistischer Grundlage, der Versuch einer Verbindung der demokratisch-großdeutschen Traditionen der deutschösterreichischen Sozialdemokratie und Elementen der bolschewistischen Nationalitätenpolitik. Sein Ziel, die slawische und deutschösterreichische Arbeiterschaft vom Nationalismus loszulösen und die Politik der Partei auf ihre Aufgaben in einer kommenden nationalen Revolution vorzubereiten, konnte das "Nationalitätenprogramm der Linken" nicht erreichen. In der deutschen Partei stieß es bis zum Oktober 1918 auf wenig Interesse.<sup>28</sup>

Die Mehrheit der deutschen Partei akzeptierte die Grundsätze des Programms erst unter dem Eindruck der Niederlage österreich-Ungarns. Den von Bauer intendierten "erzieherischen Einfluß" auf die sozialdemokratischen Parteien konnte es nicht ausüben. Was

25) ebd., S. 156

26) Karl Renner, Marx oder Mazzini?, in: "Der Kampf" XI/5/1918, S. 294ff.

ders., Was hat ein internationales Programm zu leisten?, in: ebd., S. 391

ders., Erstaunliche Geschichtsklitterung, in: ebd., S. 456f.

27) Peter Nettl, Rosa Luxemburg, Berlin 1967, S. 666f.

Norbert Leser, Marx und Mazzini, in: Die Odyssee des Marxismus, Wien-München-Zürich 1971, S. 276f.

28) vgl. Julius Deutsch, Zu neuer Arbeit, in: Der "Kampf" XI/1919, S. 609f.

blieb, war die Orientierung auf den "Anschluß".<sup>29</sup> Das Zentralorgan der tschechoslawischen Partei, "Právo lidu", begrüßte zwar die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts im "Nationalitätenprogramm der Linken" und druckte es ab, wies aber bezeichnenderweise gerade die an die tschechische Sozialdemokratie adressierten "Regeln der Taktik" zurück, die einen Zusammenschluß mit bürgerlichen Parteien im Kampf um die nationale Selbstbestimmung ablehnten.<sup>30</sup> In der tschechoslawischen Partei hatten seit September 1917 die Vertreter einer betont nationalen Linie den Sieg über die national-"opportunistische" Politik Smerals davongetragen.<sup>31</sup> Die Haltung der polnischen Partei schwankte mit den jeweiligen Positionen der österreichischen Regierung in bezug auf den polnischen Staat. Ihre internationalistische Strömung ist immer marginal geblieben. Auch in der südslawischen Sozialdemokratie gewannen 1918 die Befürworter eines nationaleren Kurses und der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien über die internationalistische Richtung Tuma die Oberhand. Sogar in der traditionell internationalistischen italienischen Sozialdemokratie in Triest verlor die Orientierung Valentino Pittónis gegenüber der, irredendistischen Strömungen offenen, Richtung Puecher an Einfluß.<sup>32</sup>

Die weiterhin am Programm einer Reform österreich-Ungarns festhaltenden Sozialdemokraten erlitten im Krieg eine entscheidende Schwächung. Smeral und Pittóni verfolgten zwar keine "revolutionäre", sondern im Gegenteil eine staatsstreue Politik, aber mit ihnen war eine Verständigung der sozialdemokratischen Parteien Österreichs noch möglich erschienen. 1918 war den Tschechen und Polen ein Programm, das, ganz abgesehen von seinen "großdeutschen" Untertönen und Implikationen von ihnen den Bruch der nationalen Einheit und den Kampf gegen ihre bürgerlichen Parteien verlangte, auch durch die Formel des vollen Selbstbestimmungsrechts der Nationen nicht schmackhaft zu machen. Nationale Unabhängigkeit erwarteten sie von einem Sieg der Entente.

Zwischen den sozialdemokratischen Parteien Österreichs ließ sich 1918 kein Einvernehmen über die Ziele ihrer Politik herstellen. Vielleicht gab es für die Nationalitätenfragen Österreichs beim gegebenen Stand der Entwicklung der deutschen, tschechischen und polnischen Gesellschaft keine Lösungen im Rahmen sozialdemokratischer Vorstellungen.

Die nichtdeutsche Arbeiterbewegung war im Zuge des "Erwachens der geschichtslosen Nationen" Österreichs als Teil der nationalen Emanzipationsbewegung ihrer Völker entstanden. Auch die deutsche Sozialdemokratie in Österreich erscheint in vielem als äußerster linker Ausläufer des deutschen Liberalismus.

Ein kulturell geprägter demokratischer Deutschnationalismus war in ihr von ihrer Frühzeit an lebendig.

Im Krieg setzte sich der Zerfallsprozeß der "österreichischen

29) vgl. Bauer, Die österreichische Revolution, S. 91

30) Kárník, a.a.O., S. 248f.

31) Zbynek A. Zeman, Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914-1918, Wien 1963, S. 180

32) Zur Entwicklung der beiden Flügel der südslawischen Partei 1918: Milica Kacin-Wohinz, I socialisti sloveni di Trieste nel 1918, in: Slovenski in italijanski socialisti na primorskem / socialisti sloveni e italiani nel litorale, Ljubljana-Trst 1979, S. 117ff.



Internationale"<sup>33</sup> fort. Während die deutsch-österreichische Sozialdemokratie fast bis zum Ende des Kriegs an ihren Autonomieplänen, die die territoriale Integrität österreich-Ungarns gewahrt wissen wollten, festhielt, verfestigten und institutionalisierten die tschechischen und polnischen Sozialdemokraten die Zusammenarbeit mit den nationalistischen bürgerlichen Parteien. Die Übernahme nationaler Interessenspolitik führte dazu, daß die Interessensgegesätze zwischen den sozialdemokratischen Parteien ebenso unüberbrückbar wurden wie jene der Nationalitäten Österreichs, und es zeigte sich, daß der sich im Krieg endgültig verschärfenden Nationalitätenfrage österreich-Ungarns keine sozialdemokratischen Lösungsvarianten entgegengestellt werden konnten.

Auch das "Nationalitätenprogramm der Linken" bot im Grunde keine konkrete Handlungsperspektive für die Verknüpfung von nationaler und sozialer Bewegung in Österreich. Die Perspektive einer sozialistischen Revolution in Österreich taucht bei Bauer nur in Orientierung auf eine reichsdeutsche Bewegung im Zusammenhang mit dem Anschluß der deutschsprachigen Gebiete Österreichs an Deutschland auf. Eine sozialistische Revolution in Österreich ohne diesen Zusammenhang hielt er für unmöglich und befürwortete deshalb auch den Abbruch des Jännerstreiks, "weil es nicht revolutionär ist, Niederlagen zu organisieren."<sup>34</sup>

Seit Anfang 1917 wurde der österreichische Staat von zwei Bewegungen in seiner Existenz tödlich bedroht. Den aus dem Hunger entstandenen "Massenbewegungen" (der Begriff umfaßt die breite Palette der Formen sozialen Protests 1917/18, von Hungerrevolten bis zu organisierten Streiks mit explizit "politischen" Zielsetzungen)<sup>35</sup> und der nationalen Bewegung seiner slawischen Völker.

Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich reagierte bis zum Ende des Krieges auf beide großen, gegen die bestehenden Verhältnisse gerichteten Bewegungen abwehrend und kalmierend und schnitt sich damit von den lebendigen Kräften einer österreichischen Revolution ab. Auch die tschechische Sozialdemokratie wirkte im allgemeinen "beruhigend" bei Streiks ein.

In den großen Streiks in Böhmen und Mähren im Frühjahr und Sommer 1917 sind unter der streikenden, meist aus mehreren Nationen stammenden Belegschaft kaum nationale Konflikte erkennbar und auch die tschechische und deutsch(österreichische) Sozialdemokratie arbeiteten bei ihrer Beilegung klaglos zusammen.<sup>36</sup> In Prag demonstrierten im Mai 1917 Arbeiter für die Freilassung von Klofac, Kramar und Fritz Adler.<sup>37</sup> Stimmungsberichte scheinen jedoch anzuzeigen, daß in der Folge der Hunger, die Erbitterung über die soziale Ungerechtigkeit in der Verteilung des Mangels und die Friedenssehnsucht der tschechischen Arbeiter für die nationale

33) Zu diesem Prozeß vor 1914 vgl. Raimund Löw, Der Zerfall der "Kleinen Internationale". Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich, Wien 1984

34) Referat Bauer, in: Protokoll Nachlaß Frey

35) Der Begriff stammt von G. Feldman/E. Kolb/R. Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920), in: VII. ITH-Konferenz 14.-18.9.1971

36) so z. B. im großen Streik bei Skoda in Pilsen Anfang Juli 1917, vgl. den Bericht im AVA Wien, MdI Präs. 12567 M. I. /1917

37) Milada Paulová, Tajny vybor (maffie) a spoluprace s Jihoslovany v letech 1916-1918, Praha 1968, S. 254

Befreiungsbewegung zu Buche schlugen.<sup>38</sup>  
 Schon im Jännerstreik 1918 hatte sich gezeigt, daß große Teile der nichtdeutschen Arbeiterschaft ihre Hoffnungen auf den nationalen Flügel der Befreiungsbewegungen setzten. Nach dem Scheitern der Zielsetzungen der sozialrevolutionären Bewegung 1918 verfestigte sich diese Orientierung.<sup>39</sup>

Im Jännerstreik und wieder im Junistreik 1918 war es in den tschechischen Industriegebieten überwiegend ruhig geblieben. Als am 14.10. im tschechischen Gebiet Streiks und Kundgebungen zur Ausrufung einer freien tschechoslowakischen Republik stattfanden, die die Führer der tschechoslowakischen Partei in einem Aufruf "an die Arbeiter Wiens" angekündigt hatten, vermeldeten die Behördenberichte lakonisch: "Wien und Budapest; keine besonderen Vorfälle."<sup>40</sup>

1918 kam es in Österreich zu keiner Verbindung zwischen nationaler und sozialer Bewegung. Wie auf europäischer Ebene, war auch in Österreich die internationale Organisation der sozialdemokratischen Parteien zusammengebrochen. Das Ende des Krieges und Österreich-Ungarns vollzog sich, wie Bauer noch im Jänner befürchtet hatte, in nationalen Bewegungen, auf die die Sozialdemokratie höchstens im nationalen Rahmen und als Juniorpartner Einfluß nehmen konnte. Die Entwicklungen und Entscheidungen der nationalen Frage Österreich-Ungarns gingen Ende 1918 jedenfalls nicht unter Führung der Arbeiterbewegung vor sich, und bei der Gestaltung der Friedensordnung hatten die Sozialdemokraten Österreichs ebensowenig mitzureden wie jene der übrigen kriegführenden Länder.

38) vgl. die Stimmungsberichte der Zensurstellen für die tschechischen Gebiete Böhmens, in: Kriegsarchiv (KA) Wien, MKKM 2550, 4877, 7864, 10171, 12661 und besonders GZNB 4652, 4963, 5044, 5201 D.

Der letztere Bericht (Aug. 1918) resümiert: "Der sozialdemokratische Gedanke wird dem nationalen untergeordnet, indem die Verwirklichung der Ideen durch den tschechoslowakischen Zukunftsstaat angenommen wird."

39) vgl. Zeman, S. 154ff.; Péter Hanák, Die Volksmeinung während des letzten Kriegsjahres in Österreich-Ungarn, in: R.G. Plaschka/K.H. Mack (Hg.), Die Auflösung der Donaumonarchie. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donaauraum, Wien 1970, S. 66

40) KA, MKSM 28-2/7/1918, fol. 620ff.